

presse

Demenzkranken brauchen bessere Versorgungsstrukturen

Zu den aktuellen Studienergebnissen des Zentrums für Sozialpolitik "zur Ruhigstellung von Demenzkranken mit Psychopharmaka" der Universität Bremen erklärt die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

Die aktuellen Studienergebnisse der Universität Bremen sind erschreckend. Die Verordnung von beruhigenden Psychopharmaka bei Patientinnen und Patienten mit Demenz kann physische und psychische Schäden verursachen und sogar das Sterblichkeits- und Schlaganfallrisiko erhöhen. Durch eine gute Betreuung von Demenzkranken kann deren Selbstständigkeit im Alltag verbessert werden kann.

Die aktuellen Studienergebnisse der Universität Bremen sind erschreckend. Die Verordnung von beruhigenden Psychopharmaka bei Patientinnen und Patienten mit Demenz kann physische und psychische Schäden verursachen und sogar das Sterblichkeits- und Schlaganfallrisiko erhöhen.

Die Versorgung von Demenzkranken muss dringend verbessert werden. Zuzahlungen beim Pflegegeld, wie es die Regierung in ihrem aktuellen Gesetzesentwurf vorsieht, reichen dazu bei weitem nicht aus. "Geldleistungen bedeuten nicht automatisch eine Versorgungsverbesserung für Demenzkranke.

Das Ziel der Versorgung von Demenzkranken muss es hingegen sein, ihre Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Lebensqualität zu erhöhen. Dazu brauchen sie umfassende bedürfnisorientierte Versorgungsstrukturen. Die fachärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen muss verbessert werden. Pflegefachkräfte müssen die Möglichkeit zur regelmäßigen Fort- und Weiterbildung erhalten. Rehabilitation und Prävention muss ausgebaut und Angehörige müssen besser unterstützt werden. "Studienergebnisse zeigen, dass

durch eine gute Betreuung von Demenzkranken deren Selbstständigkeit im Alltag verbessert werden kann.